# Kalter Krieg?

Historische Vergleiche hinken. Einige besonders heftig. Derzeit gilt das vor allem für die Parallelen, die zwischen der akuten Krise in der und um die Ukraine und einigen Großkonflikten der neueren Geschichte gezogen werden.

So gefährlich der Ukrainekonflikt als regionale Krise mit raumübergreifendem Potenzial auch sein mag – eine Eskalationsdynamik wie die binnen kurzem in einen Weltkrieg mündende Krise des Sommers 1914 oder der jahrzehntelang geführte Kalte Krieg hat er keinesfalls.

Die Krise war und ist natürlich auch Gegenstand der Debatten am ZAG. Jetzt hat Professor Schöllgen seine Einschätzung veröffentlicht.

## Dies ist keine Julikrise und auch kein Kalter Krieg

Die historischen Vergleiche, die die Ereignisse in Kiew und auf der Krim erklären sollen, sind töricht – und gefährlich. *Von Gregor Schöllgen*

Historische Vergleiche hinken. Einige besonders heftig. Derzeit gilt das für die Parallelen, die zwischen der akuten Krise in der und um die Ukraine und einigen Großkonflikten der neueren Geschichte gezogen werden. So gefährlich der Ukrainekonflikt als regionale Krise mit raumübergreifendem Potenzial auch sein mag – eine Eskalationsdynamik wie die Krise des Sommers 1914, die binnen Kurzem in einen Weltkrieg mündete, oder der jahrzehntelang geführte Kalte Krieg hat er keinesfalls.

Ausgangs-, Dreh- und Angelpunkt der im Sommer 1914 eskalierenden Situation war die russisch-französische Militärkonvention, die um die Jahreswende 1893/94 in Kraft trat. Dass die profranzösischen Kräfte am Zarenhof Auftrieb bekamen, lag an einer Kehrtwende der deutschen Russlandpolitik nach Otto von Bismarck. Wenige Tage nach der Entlassung des Kanzlers im März 1890 wurde der sogenannte Rückversicherungsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Russland nicht verlängert. Aus russischer Sicht bot dieser 1887 geschlossene Vertrag eine gewisse Garantie, eben eine Rückversicherung, dass die Defensivbündnisse, die Deutschland 1879 und 1882 mit Österreich-Ungarn sowie auch mit Italien geschlossen hatte, nicht unter der Hand zu antirussischen Offensivallianzen mutierten. Die Berliner Entscheidung, diesen „ganz geheim" gehaltenen Neutralitätsvertrag nicht zu erneuern, kann in ihrer Bedeutung kaum hoch genug veranschlagt werden.

Denn damit kündigte das Deutsche Reich die strategische Partnerschaft mit Russland auf und zwang dieses zu einer radikalen Konsequenz: Mitte August 1892 unterzeichneten Russland und Frankreich besagte Militärkonvention. In ihr verpflichteten sich die Regierungen in St. Petersburg und Paris für den Fall, dass auch nur eine der Dreibundmächte „etwa mobil machen" sollten, „auf die erste Kunde von diesem Ereignis, ohne dass noch besonders eine vorhergehende Verständigung nötig ist, sofort und gemeinsam ihre gesamten Streitkräfte mobil machen und so nahe wie möglich an die Grenze werfen" zu wollen. Damit war nach der ersten Weiche – dem deutsch-österreichischen Zweibundvertrag des Jahres 1879, der im Sommer 1914 unverändert in Kraft war – die entscheidende zweite Weiche gestellt.

Fortan fuhren die beide Züge aufeinander zu, nahmen dabei Fahrt und Munition auf und standen schließlich im Sommer 1914 derart unter Dampf, dass die Kraft der Diplomatie nicht reichte, um sie aufzuhalten oder auch nur die Weichen neu zu stellen. Dabei hat es solche Bemühungen vor allem seit der schweren Balkankrise von 1908/09 durchaus gegeben, auch und gerade von deutscher Seite. Doch selbst wenn der Wille, die Entscheidung auf dem Schlachtfeld herbeizuführen, weniger stark entwickelt gewesen wäre, als es tatsächlich im Sommer 1914 der Fall war, hätten diese Entspannungsversuche kaum mehr etwas ausrichten können. Denn der Ausbruch der großen Katastrophe, von der sich Europa nie ganz erholt hat, war schon in den Entscheidungen der frühen Neunzigerjahre des 19. Jahrhunderts angelegt. Diese hatten ein System mehr oder weniger starrer Allianzen und ineinandergreifender kriegsvorbereitender Maßnahmen etabliert, die sich, als die Stunde gekommen war, nicht mehr revidieren oder auch nur korrigieren ließen.

### Es ist wieder wie 1914 oder 1972? Nein. Putin weiß genau: Die Nato will und muss nicht eingreifen

Mit dieser Konstellation hat die heutige Lage nichts gemein. Was immer man dem russischen Präsidenten unterstellen will oder muss: Auf einen militärischen Konflikt mit dem Westen legt er es weder an, noch nimmt er ihn fahrlässig in Kauf. Wladimir Putin pokert nicht einmal hoch, weiß er doch, dass die Nato, mit der er es im äußersten Fall zu tun bekäme, nicht handeln wird, weil sie weder handeln will noch handeln muss. Anders sähe es aus, wenn die Ukraine der Nato angehörte. Der Westen und dort nicht zuletzt alle Bundesregierungen von Helmut Kohl bis Angela Merkel wussten sehr genau, warum sie seit 1991 konsequent gegen eine Aufnahme Georgiens und der Ukraine in die Nato votierten. Damit stellten auch sie wie die Großmächte des ausgehenden 19. Jahrhunderts eine Weiche – mit dem entscheidenden Unterschied, dass heute der russische und der westliche Zug gerade nicht aufeinander zurasen. Das in Form eines Vergleichs beider Krisen gleichwohl zu beschwören, ist töricht, wenn nicht fahrlässig.

Wo und wie sollte sich ein solcher Krieg auch abspielen? Im Sommer 1914 war allen Großmächten bewusst, dass ein Krieg, der auf dem Balkan ausgelöst würde, zwischen ihnen und an ihren Grenzen geführt werden würde. Die russische Reconquista auf der Krim kann allein aus geostrategischen Gründen nicht in ein vergleichbares Szenario münden; ein Krieg zur See scheidet aus; und ein mit Nuklearwaffen geführter Schlagabtausch ist nicht vorstellbar.

Das ist, jedenfalls auf den ersten Blick, eine der positiven Hinterlassenschaften der bipolaren Welt: Weil die Gefahr einer gegenseitigen nuklearen Vernichtung in dem Maße wuchs, in dem die Gegensätze in der zerbröselnden Anti-Hitler-Koalition seit 1945 zunahmen, kam es darauf an, sie in den Griff zu bekommen. Keine Seite durfte auf diesem Feld so überlegen sein, dass sie im Falle eines nuklearen Erstschlags nicht mehr Gefahr lief, durch einen Zweitschlag vernichtend getroffen zu werden. Spätestens mit dem ersten amerikanisch-sowjetischen SALT-Abkommen des Jahres 1972, das die nukleare Hochrüstung auf ein definiertes Niveau begrenzte, und dem flankierenden ABM-Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehr war das garantiert.

Ein Unterlaufen dieser Vereinbarung, wie es Amerikaner und Westeuropäer im Verlauf der Siebzigerjahre durch die Stationierung neuer sowjetischer Mittelstreckenraketen vom Typ *SS 20* gegeben sahen, führte zu entschlossener Reaktion. Der maßgeblich vom deutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt angeregte, Ende 1979 gefasste und durch die Bundesrepublik Ende 1983 politisch umgesetzte „Nato-Doppelbeschluss" war die unmissverständliche Antwort.

Damals hatten der Westen und damit auch die Bundesrepublik, bezogen auf die Sowjetunion, eine klare Strategie. Von einer solchen kann heute, bezogen auf Russland, keine Rede sein. Die Krise in der und um die Ukraine offenbart vielmehr eine beängstigende diplomatische Kurzatmigkeit Europas und der USA. Die bislang hier wie dort beschlossenen Sanktionen sind der kleinste gemeinsame Nenner. Ob und wann sie – wie überhaupt die gesamte Krim-Aktion und ihre Folgen – die russische Volkswirtschaft weiter schwächen, interessiert den russischen Präsidenten derzeit offenbar wenig.

Solange die natürlichen Ressourcen des Landes für die Europäer unersetzlich und lebenswichtig sind, wird der Kreml kurzfristig nicht mit einer entschlossenen Antwort des Westens rechnen müssen. Massive Reaktionen, mit denen der Westen während der Achtzigerjahre den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan quittierte, sind heute nicht in Sicht. Das erleichtert es dem kühl kalkulierenden, in der Offensive befindlichen, immer für eine unerwartete Wendung guten russischen Präsidenten, seine revisionistisch ausgelegte Großmachtpolitik zügig durchzusetzen.

Also führt auch der Vergleich der Krise um die Ukraine mit dem Kalten Krieg nicht weiter, im Gegenteil: Er ist entweder naiv oder gefährlich. Denn entweder soll er das hilflose Hantieren des Westens als Strategie verkaufen und erschwert damit die Entwicklung eines Plans, der diesen Namen tatsächlich verdient; oder er bringt die Frontstellungen des Kalten Krieges ins Spiel und erinnert nebenbei an die nukleare Option.

Dass es sie gibt, liegt an der einseitigen Demontage der nuklearen Logik durch die USA. Mit dem Rücktritt vom ABM-Vertrag zog George W. Bush im Juni 2002 die Konsequenz aus der schon von seinem Vorgänger eröffneten neuen Runde des amerikanischen Raketenabwehrprogramms und hob aus russischer Sicht jene Logik mit ihrem zentralen Element – der gesicherten Fähigkeit zum Zweitschlag – einseitig auf. So bekam Wladimir Putin ein Argument in die Hand, mit dem sich seine Einkreisungsthese zusätzlich belegen und die geostrategische Offensive legitimieren ließ.

Wer diese russische Einkreisungsphobie als Vorwand abtut, der greift historisch und politisch zu kurz. So legitim der Wunsch der Staaten Ost- und Ostmitteleuropas nach Einbindung in die westlichen Gemeinschaften war und ist, so elementar ist das russische Bedrohungstrauma. Zweimal im vergangenen Jahrhundert standen Russland beziehungsweise die Sowjetunion vor der Zertrümmerung, wenn nicht wie in den Jahren 1941 bis 1944 vor der Vernichtung. In beiden Fällen kam die existenzielle Bedrohung aus dem Westen. Wenn auch die Nato natürlich nichts mit den deutschen Armeen der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts gemeinsam hat, handelt es sich doch um ein Militärbündnis, das 1949 gegen tatsächliche oder vermeintliche Expansionsvorhaben der Sowjetunion gegründet wurde und an der Westgrenze ihres Imperiums in Stellung ging. Während die Sowjetunion mitsamt ihrem Militärpakt in den ausgehenden Achtzigerjahren implodierte und von der Bildfläche verschwand, blieb die Nato nicht nur bestehen, sondern erfuhr eine kräftige Erweiterung gen Osten. Das konnte und kann man im Kreml nicht ignorieren.

Wie man dort auch die Vorgänge in der Ukraine nicht ignorieren kann. So unakzeptabel aus westlicher Sicht das völkerrechtswidrige Vorgehen Russlands auf der Krim ist, so alternativlos ist aus Sicht des Kreml eine wie immer geartete Kontrolle des Hafens Sewastopol, mit dem die russische Schwarzmeerflotte ihre wichtigste Basis verlöre. Dass dem russischen Präsidenten ursprünglich andere Methoden der Sicherung vorschwebten, hat die pragmatische Regelung vom April 2010 gezeigt: Damals sagte Russland der Ukraine im Gashandel bis 2019 Vergünstigungen im Wert von rund 40 Milliarden Dollar zu; im Gegenzug sollte die russische Schwarzmeerflotte über 2017 hinaus um weitere 25 Jahre in Sewastopol verbleiben können.

Wer in der heutigen Situation den Kalten Krieg beziehungsweise den Ost-West-Gegensatz des 20. Jahrhunderts an die Wand malt, erinnert nicht nur an eine Demarkationslinie, die Hunderte Kilometer westlich der heutigen russischen Grenze liegt, sondern auch an die nukleare Logik jener Zeit einschließlich ihrer ABM-Dimension. Wer das sehenden Auges tut, sollte bedenken, dass beides für den russischen Präsidenten kein Albtraum, sondern eine Option ist. Für den Westen verhält es sich genau umgekehrt: Eine Rückkehr Russlands in die von den Sowjets kontrollierten Räume kann er nicht zulassen; eine Rückkehr zum ABM-Modus und damit eine Aufgabe der Raketenabwehr will er nicht zugestehen. So gesehen gilt auch hier: Die Gefahr eines neuen Kalten Krieges zu beschwören, ist töricht.

**Gregor Schöllgen** ist Professor für Neuere Geschichte an der Universität Erlangen-Nürnberg. Er ist Mitherausgeber der Akten des Auswärtigen Amtes. Zuletzt erschien seine zweibändige Geschichte der deutschen Außenpolitik. FOTO: ZAG

### Geschichte wiederholt sich? Die Parallelen lenken nur von der Ratlosigkeit des Westens ab

Aber warum werden die Vergleiche dann angestellt? Wie es aussieht, soll der Blick in die Geschichte vom tristen Erscheinungsbild des westlichen Krisenmanagements dieser Tage ablenken. Für die hilflos wirkenden Reaktionen auf das Treiben Russlands und seines Präsidenten gibt es Gründe, darunter gravierende Fehler der westlichen Ostpolitik. Hinzu kommt, dass der Westen bei der Lösung einer Reihe von internationalen Konflikten wie dem iranischen oder syrischen auf die Kooperationsbereitschaft Russlands angewiesen ist.

Schließlich, und gewiss nicht zuletzt, gibt es „den Westen" nicht mehr. Schon während des Kalten Krieges war er weniger eine Werte- als vielmehr eine aus der Not geborene Zweckgemeinschaft. Die tatsächliche oder vermeintliche Gefahr, die von den Sowjets und ihren Verbündeten ausging, zwang Amerikaner und Westeuropäer zum Schulterschluss. Davon ist nach dem Untergang der Sowjetunion nicht viel geblieben. Nicht erst die NSA-Affäre hat offenbart, wie es um die westliche Gemeinschaft tatsächlich bestellt ist. Statt sich in fragwürdigen historischen Vergleichen und damit im Rückblick zu ergehen, sollte sich der Westen um seine Gegenwart kümmern. Dann und nur dann wird er eine Antwort auf die russische Provokation finden.

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de



Veröffentlicht am:
10:34:08 27.03.2014 *von teubner*

- Drucken
- PDF
- Weiterempfehlen
- RSS abonnieren